



Forschungsergebnisse

Welchen Haushalten in Deutschland häufig Stromsperrern drohen

Schwerpunkt Energiemarkt

E-Mobilität fordert die Energiebranche heraus

Wirtschaftspolitische Analyse

Was die Steuerreform in den USA für Europa bedeutet

JETZT NEU
ZEWnews DIGITAL
(SEITE 11)

Aufgaben wie die Agrarpolitik könnten die EU-Mitgliedstaaten selbst besser regeln, während sich auf EU-Ebene eine stärkere Verantwortung für die Entwicklungshilfe, die Verteidigung und die Asylpolitik anbietet.

Foto: © iStockphoto/AdrianHancu

Neue Aufgabenteilung zwischen EU und Nationalstaaten verspricht weniger Kosten

Die neue Bundesregierung sollte europäische Reformüberlegungen zur Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten unterstützen. Aufgaben wie die Einkommenssicherung von Landwirten gehören zurück in die Verantwortung der Mitgliedstaaten. Im Gegenzug sollte Europa eine stärkere Verantwortung für Entwicklungshilfe, Verteidigung und Asylpolitik übernehmen. Eine Studie des ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zeigt: Kompetenzverlagerungen in beide Richtungen könnten Geld sparen und effizientere Entscheidungen ermöglichen.

Für die Studie wurde ein einheitliches datengestütztes Verfahren auf insgesamt acht Politikfelder angewendet: Agrarpolitik, Arbeitslosenversicherung, Asyl- und Flüchtlingspolitik, Bildungspolitik, Entwicklungspolitik, Schienen- und Güterverkehr, Unternehmensbesteuerung und Verteidigungspolitik. Die Wis-

senschaftler/innen haben dabei eine mögliche Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten nach Effizienz Gesichtspunkten in zwei Richtungen überprüft: Sowohl im Sinne einer möglichen verstärkten Verantwortung der europäischen Ebene als auch mit Blick auf eine erweiterte Zuständigkeit der Nationalstaaten. Die Ergebnisse fallen je nach Politikfeld sehr unterschiedlich aus.

Eindeutig ist die Empfehlung für eine Ausweitung der europäischen Zuständigkeit in der Verteidigung. Hier kann eine gemeinsame europäische Armee aufgrund von Größenvorteilen helfen, die Relation zwischen einsatzfähigen Soldaten und Gesamtumfang der Streitkräfte zu verbessern. Die Studie zeigt hingegen bei der Agrarpolitik in die umgekehrte Richtung. Hier wird deutlich, dass die einheitliche europäische Subventionierung der Landwirtschaft äußerst ungenau und damit unnötig kostspielig ist,

weil sie nicht gezielt den wirklich schutzbedürftigen Betrieben hilft. So übersteigt die Einkommensstützung durch die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) der EU in 21 von 28 Mitgliedstaaten das Niveau, wie es durch die Mindestabsicherung in den nationalen Sozialsystemen definiert ist. In der Entwicklungspolitik kann eine einheitliche europäische Finanzierung helfen, die Kleinteiligkeit der nationalen Projekte zu überwinden und den Einfluss Europas zu stärken.

Die Politikfelder, bei denen die EU in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen sollte, sind zwar kostensensitiv, sie haben aber die Merkmale von „europäischen öffentlichen Gütern“ mit gemeinsamen Nutzen für alle Mitgliedstaaten.

Demgegenüber sind die anderen Politikfelder wie etwa Agrar- oder Bildungspolitik weitaus enger und sektorspezifischer definiert – mit geringeren Kosteneinsparungen bei der Ansiedlung auf supranationaler Ebene – und sie sind durch größere Unterschiede in den Präferenzen zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Die EU kann durch eine solche Anpassung ihrer

Zuständigkeiten den Bürgerinnen und Bürgern ihren Mehrwert unter Beweis stellen, so das Fazit der Wissenschaftler/innen.

Schließlich bilanziert die Studie, dass die gegenwärtige Diskussion zur Reform der EU daran krankt, dass viele Vorschläge schlicht auf mehr finanzielle Mittel für die europäische Ebene hinauslaufen, ohne jedoch genau zu überlegen, in welchen Politikbereichen das Geld auch einen echten Mehrwert schafft. Die Forschungsergebnisse des ZEW und der Bertelsmann Stiftung sorgen in diesen Punkten für Orientierung. Die Studie und ihre Inhalte waren mithin Thema der jüngsten ZEW Lunch Debate in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, wo die Resultate vorgestellt wurden (siehe nachfolgenden Beitrag auf dieser Seite sowie Seite 12 in dieser Ausgabe).

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Kompetenzstudie_2017_ENG.pdf

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Auf den europäischen Mehrwert kommt es an

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung verschiedene Möglichkeiten analysiert, wie die Verantwortlichkeiten für einzelne Politikbereiche zwischen den Mitgliedstaaten und der EU effizient aufgeteilt werden können. Mit einer hochrangig besetzten Lunch Debate „The EU Budget: How Europe Can Deliver“ in Brüssel hat das ZEW einen Diskussionsbeitrag zur EU-Reform der Europäischen Union sowie zu den Verhandlungen über den anstehenden siebenjährigen EU-Finanzrahmen geleistet.

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger machte in seinem Vortrag deutlich, dass er in der Ausgestaltung des neuen EU-Finanzrahmens die Möglichkeit sieht, eine Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen zu geben, denen sich die EU gegenüber sieht. Insbesondere gehe es dabei verstärkt um Sicherheitsfragen, den Schutz der EU-Außengrenzen, die Herausforderungen durch die Migration oder eine gemeinsame Verteidigung. Auch auf die Einnahmeverluste durch den Brexit müsse eine Antwort gefunden werden.

Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte Silke Wettach, EU-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“. Stefan Lehner, Direktor „Eigenmittel, Evaluierung und Finanzplanung“ der EU-Generaldirektion Haushalt, wies darauf hin, dass die Verhandlungen über den Haushalt bei erheblich veränderten Konstellationen stattfänden. Großbritannien sei nicht mehr dabei, Spanien könnte in die Rolle eines Nettozahlers rutschen und Frankreich bei den Agrarsubventionen Zugeständnisse machen. Dies könnte evolutionäre Prozesse in Gang setzen. Petri Sarvamaa, erster stellvertretender Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments, vertrat die Ansicht, dass sich letztlich nur über das Prinzip des europäischen Mehrwerts Einsparungen bei von der EU finanzierten Aufgaben begründen

und gleichzeitig höhere Beiträge der Mitgliedstaaten zur Finanzierung neuer wichtiger Aufgaben rechtfertigen ließen.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD betonte die große Bedeutung des europäischen Mehrwerts für die Zuordnung von Aufgaben an die europäische oder nationale Ebene. Es sei wich-



Das Panel bei der ZEW Lunch Debate: Stefan Lehner, Petri Sarvamaa, Silke Wettach, Achim Wambach und Aart de Geus (v.l.n.r.).

tig, die Debatte weiter zu forcieren und Maßnahmen dementsprechend zu analysieren und zu evaluieren. Diesen Ansatz verstärkte Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung: Derzeit biete sich eine einmalige Gelegenheit für die Politik, bisher für unabänderlich gehaltene Dinge zu ändern. Dafür brauche es belastbare Daten aus Studien, um die Bürger/innen vom Nutzen bestimmter Änderungen zu überzeugen.

Eine Bildergalerie mit Fotos zu der Veranstaltung findet sich unter: www.zew.de/AM5690

Gunter Grittmann, gunter.grittmann@zew.de

Arbeit auf Internetplattformen birgt Chancen und Risiken für Erwerbstätige

Unter den Schlagwörtern „Crowdwork“ und „Gig-Economy“ steht derzeit die Arbeit auf Internetplattformen in der öffentlichen Diskussion. Beispiele sind die Personenbeförderung durch den Fahrdienst-Vermittler Uber oder auch das Beschriften von Bildern auf Plattformen wie Amazon Mechanical Turk. Die Verbreitung solcher Formen der Erwerbsarbeit, die über Internetplattformen vermittelt und teilweise dort auch direkt geleistet wird, ist allerdings zurzeit noch äußerst gering. Auf Basis bestehender Forschungsergebnisse kann zudem noch schwer eingeschätzt werden, ob die Chancen oder die Risiken der plattformbasierten Erwerbsarbeit überwiegen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine ZEW-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für die Studie werteten die ZEW-Wissenschaftler die Ergebnisse von mehr als 100 deutschen und internationalen Forschungsarbeiten aus, um den aktuellen Kenntnisstand zum Thema plattformbasierte Erwerbsarbeit zu erfassen. Neben deren Verbreitung und den Arbeitsbedingungen befasst sich die Studie auch mit methodischen Aspekten, um den derzeitigen Forschungsstand bewerten zu können.

Die Mehrzahl der Studien in den USA und Deutschland deutet darauf hin, dass aktuell weniger als ein Prozent der Erwerbstätigen über Internetplattformen arbeiten. Zudem zeigt sich anhand der Forschungsergebnisse, dass Erwerbstätige meist nur gelegentlich über Internetplattformen Arbeitsleistungen anbieten und diese dementsprechend auch nicht die primäre Einkommensquelle darstellen. Dennoch ist der Umfang der Plattformökonomie in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Durchschnittliche Entlohnung für Crowdworking schwankt beträchtlich

Aus mehreren Forschungsarbeiten ergibt sich, dass einige Erwerbstätige häufiger online arbeiten möchten. Bewertungssysteme erschweren den Einstieg von Neulingen auf manchen Plattformen allerdings, da etablierte Erwerbstätige bevorzugt werden. Erwerbstätige auf Internetplattformen unterscheiden sich von der allgemeinen Erwerbsbevölkerung: Sie sind ver-

gleichsweise jung, besitzen ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau und sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit arbeitslos. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand schwankt die durchschnittliche Entlohnung für Plattformarbeit beträchtlich. Dies hängt auch mit den unterschiedlichen Tätigkeiten zusammen, die von sehr einfachen, in Sekunden zu erledigenden Aufgaben bis hin zu komplexen Design- und IT-Projekten reichen. Daneben gibt es aktuell eine wissenschaftliche Diskussion darüber, ob eine größere Flexibilität plattformbasierter Arbeit deren Risiken überwiegt. Die Erwerbstätigen sind quasi selbstständig tätig, da sie bei den Plattformen nicht angestellt sind, und stehen teilweise in einem globalen Wettbewerb um Arbeitsaufträge. Die selbstständige Tätigkeit bietet allerdings auch die Möglichkeit, flexibel zu arbeiten, was beispielsweise die Tageszeit, den Wochentag oder auch teilweise den Ort angeht.

Fragmentierter Wissensstand zu Erwerbsarbeit auf Internetplattformen

Die Auswertung der ZEW-Wissenschaftler zeigt auch, dass die untersuchten Forschungsarbeiten eine Vielzahl von unterschiedlichen Datensätzen und Auswertungsansätzen verwenden. Dadurch muss der derzeitige Kenntnisstand über Arbeit auf Internetplattformen noch als fragmentiert bezeichnet werden. Dies gründet vor allem darauf, dass bis jetzt nur wenige Informationen zu plattformbasierter Erwerbsarbeit in umfassenden öffentlichen Datenquellen vorhanden sind.

Viele Forschungsarbeiten greifen daher auf Daten eines einzelnen Plattformbetreibers zurück, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert. Zudem kann mit dem Zugang zu diesen Daten, der üblicherweise mit dem Einverständnis des Plattformbetreibers erfolgt, unter Umständen die Bedingung verknüpft sein, dass nur Ergebnisse, die mit den Interessen des Plattformbetreibers übereinstimmen, publiziert werden.

Die Studie zum Download findet sich unter:

www.zew.de/PU79648

Dr. Michael F. Maier, michaelf.maier@zew.de
Steffen Viète, steffen.viete@zew.de

INHALT

Neue Aufgabenteilung zwischen EU und Nationalstaaten verspricht weniger Kosten	1
Auf den europäischen Mehrwert kommt es an	2
Arbeit auf Internetplattformen birgt Chancen und Risiken für Erwerbstätige	3
Stromsperrern drohen häufig Empfängern von ALG II und verschuldeten Haushalten	4

Schwerpunkt Energiemarkt	5
Anti-Missbrauchs-Gesetzgebung kann realen Steuerwettbewerb befeuern	8
Nachgefragt: Was verspricht der Markt für smarte Textilien?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Familien mit Kindern sind überproportional häufig von der Androhung einer Stromsperre betroffen.



Foto: © istockphoto/nameleonseva

Stromsperren drohen häufig Empfängern von ALG II und verschuldeten Haushalten

Bei rund 330.000 Haushalten in Deutschland ist offiziellen Angaben zufolge im Jahr 2016 die Stromversorgung wegen Zahlungsrückständen gesperrt worden. Familien mit Kindern sind überproportional häufig von der Androhung solcher Stromsperren betroffen. Auch Empfänger/innen von Arbeitslosengeld (ALG) II geraten oft in Zahlungsrückstand bei der Stromrechnung, wodurch es bei diesen Haushalten häufiger zur Androhung oder tatsächlichen Umsetzung einer Stromsperre kommt als bei anderen Haushalten. Menschen mit geringer Bildung und Alleinstehende haben geringe Chancen, eine drohende Stromsperre zu verhindern. Eine tatsächliche Stromsperre wird zudem wahrscheinlicher, wenn Haushalte verschuldet sind.

Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer ZEW-Studie in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband e. V. (DCV). Die Studie untersucht, welche Gründe das Auftreten von Zahlungsrückständen beim Stromversorger und daraus resultierende Stromsperren in besonders dafür anfälligen Haushalten haben. Die Untersuchung zeigt, dass das Einkommen zwar eine große Rolle spielt, Probleme bei der Begleichung der Stromrechnung und Stromsperren aber nicht allein auf niedriges Einkommen zurückzuführen sind. Von großer Bedeutung sind vor allem bestehende Schulden: Gibt eine Person an, Darlehen bedienen zu müssen, so nimmt sowohl die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Zahlungsrückständen beim Stromversorger als auch die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten einer Stromsperre deutlich zu.

Alleinstehende und bildungsferne Haushalte sind häufig von tatsächlichen Stromsperren betroffen

Besonders geringe Chancen, eine drohende Stromsperre zu verhindern, haben Personen mit äußerst niedriger Bildung sowie Ein-Personen-Haushalte. Fehlende Unterstützung bei der Problemlösung durch das familiäre Umfeld und schlechte Bildung spielen eine wichtige Rolle.

Dass Familien mit Kindern überproportional häufig von der Androhung einer Stromsperre betroffen sind, liegt daran, dass

größere Haushalte die gesetzliche Mahnschwelle zur Androhung einer Stromsperre von 100 Euro schneller überschreiten als kleinere Haushalte. Bei Personen, die schon länger Leistungen der Grundsicherung beziehen und bei Personen mit Migrationshintergrund ist eine leicht geringere Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Stromsperren zu beobachten.

Um zu vermeiden, dass es tatsächlich zu Stromsperren kommt, scheint eine zielgenaue Sozial- beziehungsweise Schuldnerberatung am besten geeignet. Diese kann den Betroffenen konkrete Handlungswege zur Abwendung oder Aufhebung einer Stromsperre aufzeigen. Mögliche Maßnahmen zur Minderung von Stromsperren sollten nicht einseitig auf Einkommen und Stroma Ausgaben der betroffenen Haushalte abzielen, sondern müssen auch die kognitiven und psychologischen Faktoren, welche zu Ver- beziehungsweise Überschuldung beitragen, adressieren.

Für die Unterbrechung der Stromversorgung gelten strenge gesetzliche Regeln

Für die Studie wurden 2.621 Fragebögen ausgewertet. Die Daten wurden im Rahmen einer deutschlandweiten Stichtagerhebung bei den Beratungsstellen der Allgemeinen Sozialberatung des Deutschen Caritasverbandes e. V. (DCV) erhoben. Diese Beratungsstellen sind ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Menschen in Not.

Den Strom zu sperren, ist aus Gründen des Verbraucherschutzes nur bei Einhaltung strenger Vorgaben möglich. Entsprechend der Stromgrundversorgungsordnung (StromGVV § 19, Abs. 2) darf ein Versorger die Unterbrechung der Stromversorgung erst androhen, wenn Zahlungsrückstände von mindestens 100 Euro bestehen. Zur Begleichung der ausstehenden Forderungen muss dann eine Frist von vier Wochen gewährt werden. Erst danach darf die Versorgungsunterbrechung schriftlich angekündigt und nach einer Frist von drei Tagen schließlich umgesetzt werden.

Die Studie findet sich zum Download unter:
www.zew.de/PU79597

Dr. Peter Heindl, peter.heindl@zew.de



Schwerpunkt ENERGIEMARKT

Wie die zunehmende Elektromobilität die Energiebranche herausfordert

Die politisch gesetzten Ziele für die Elektromobilität werden aller Voraussicht nach nicht erreicht. Dennoch stellt eine Zunahme von Elektroautos für die Stromversorgung eine neue Herausforderung dar. Einerseits steigt die Nachfrage nach Elektrizität mit jedem neuen Elektroauto, andererseits müssen neue Ladestationen in das bestehende Stromnetz integriert werden. Das ZEW-Energiemarktbarometer hat vor diesem Hintergrund seine Teilnehmer/innen um ihre Einschätzung gebeten: Reichen nach derzeitiger Planung die nutzbaren Kapazitäten im Stromsektor aus? Und wo liegen die größten Herausforderungen?

Die deutsche Automobilbranche steht massiv in der Kritik. Zum einen sind die Treibhausgasemissionen im Straßenverkehr in den Jahren von 1990 bis 2016 um 1,1 Prozent gestiegen. Das steht in klarem Kontrast zu dem Ziel, die Emissionen bundesweit bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Zum anderen stehen in mehreren Städten gerichtlich veranlasste Fahrverbote für Diesel-Pkw im Raum, weil dort die Belastung mit Feinstaub und Stickstoffoxiden häufig über den erlaubten Grenzwerten liegt. Als neuer Hoffnungsträger für eine „Verkehrswende“ wird das Elektroauto gehandelt. Es verspricht eine Reduktion der Emissionen, die sowohl direkt beim Fahren als auch gesamtwirtschaftlich entstehen. Die Bundesregierung hat daher erklärt, bis zum Jahr 2020 eine Million und bis 2030 sechs Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen bringen zu wollen. Dieses Vorhaben wird mit Zuschüssen bei der Neuanschaffung gefördert. Trotzdem waren bis Ende 2017 geschätzt nicht einmal 60.000 (rein batteriebetriebene) Elektroautos in Deutschland zugelassen. Aus dem 600 Millionen Euro schweren Fördertopf wurden nur rund zehn Prozent der Mittel abgerufen.

Vor diesem Hintergrund befragte das ZEW-Energiemarktbarometer seine Experten/-innen mit Blick auf eine mittlere Zeitspanne: Wenn im Jahr 2025 rund zehn Prozent aller PKWs (zirka 4,5 Millionen) rein elektrisch betrieben würden, erwarten sie, dass nach derzeitiger Planung die Kapazitäten im Stromsektor ausrei-

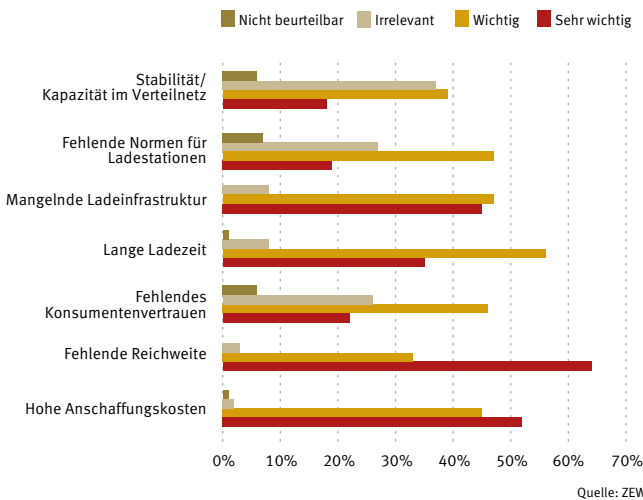
chen? Engpässe würde es demnach vor allem im Verteilnetz geben. 67 Prozent der Befragten meinen, dass die bestehenden und geplanten Kapazitäten im Verteilnetz angesichts eines solchen Zuwachses nicht ausreichen und größere Investitionen erforderlich würden. Dies betreffe etwa den Ausbau von Transformatoren und Stromkabeln. Hingegen ist jeweils die Mehrheit der Befragten mit Blick auf Erzeugungskapazität (79 Prozent) und Übertragungsnetzkapazität (73 Prozent) zuversichtlich, dass die Elektromobilität keinen zusätzlichen Investitionsbedarf auslöst. Ähnliche Ergebnisse liefert die Befragung unter den Experten/-innen des französischen Pendant-Panels „Baromètre du marché de l'énergie“ für Frankreich.

Die größten Hemmnisse einer stärkeren Nutzung von Elektroautos in Deutschland sehen 64 Prozent der Befragten in der fehlenden Reichweite, 52 Prozent in den hohen Anschaffungskosten. Derzeit liegen die Anschaffungskosten für ein Elektroauto um mehrere Tausend Euro höher als für Autos mit Verbrennungsmotor. Zugleich sind die Kosten pro gefahrenem Kilometer bei E-Autos geringer. Tatsächlich ist die Reichweite von Elektrofahrzeugen in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf rund 250 Kilometer gestiegen, was bereits das Gros der täglichen Fahrten abdeckt.

Die lange Ladezeit und eine mangelnde Ladeinfrastruktur halten 35 Prozent beziehungsweise 45 Prozent für sehr wichtige Hemmnisse, 56 Prozent beziehungsweise 47 Prozent immer

Das **ZEW Energiemarktbarometer** ist ein deutschlandweit einzigartiges Panel von Fachleuten der Energiewirtschaft. Die halbjährliche Erhebung reflektiert seit 2002 die Einschätzungen der Teilnehmer/innen bezüglich aktueller Themen der Energiewirtschaft und der Energiepolitik. Die aktuelle Erhebung (November 2017) basiert auf 168 Antworten von Teilnehmern/-innen in Deutschland.

BEDEUTUNG MÖGLICHER HEMMNISSE FÜR DEN AUSBAU DER ELEKTROMOBILITÄT



noch für wichtige Hemmnisse. Fehlendes Vertrauen seitens der Verbraucher/innen in Elektroautos, fehlende Normen für Ladestationen sowie fehlende Stabilität und Kapazität im Verteilnetz sind hingegen nur für etwa 20 Prozent der Befragten sehr wichtige Hemmnisse; für ein Viertel bis ein Drittel der Befragten spielen diese Hemmnisse keine Rolle. Insgesamt sehen die Energieexperten/-innen in Deutschland also vor allem Nachholbedarf bei der E-Auto-Technologie selbst sowie beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Ähnlich ist die Einschätzung der französischen Energieexperten/-innen für die Situation in Frankreich.

Zulassungsverbot für Verbrennungsmotoren bisher kaum einschätzbar

In manchen Ländern wie Frankreich oder England wurde bereits ein Zulassungsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2040 angekündigt. Dass ein solches Verbot auch

in Deutschland eingeführt wird, halten insgesamt 40 Prozent der Experten/-innen für wahrscheinlich; 27 Prozent der Befragten erwarten dies für ganz Deutschland, 13 Prozent für einzelne Städte. Hingegen glauben 35 Prozent, dass ein Zulassungsverbot nicht kommen wird. 25 Prozent wollen keine Einschätzung abgeben. In diesem Punkt herrscht bei den Experten/-innen also insgesamt noch große Unsicherheit. In Frankreich, wo bereits ein Zulassungsverbot angekündigt wurde, glauben gut zwei Drittel der Befragten, dass ein solches Verbot zumindest in einzelnen Städten, wenn nicht im ganzen Land, durchgesetzt wird.

Elektroautos als Stromspeicher – ein Geschäftsmodell?

Problematisch für die Stromversorgung – vor allem für die Verteilnetze – sind Situationen, in denen viele Ladevorgänge gleichzeitig stattfinden. Dieser Umstand kann schnell zu einer Überlastung der Netze führen, die bisher nur für den Haushaltsbedarf ausgelegt sind. Die Autobatterien selbst könnten allerdings als Stromspeicher zur Netzstabilisierung dienen. Ein intelligentes Energiemanagement könnte E-Fahrzeuge für netzstützende Systemdienstleistungen vermarkten. Auf die Frage, welche Akteure diesen potenziellen Markt in Zukunft prägen werden, gaben 60 Prozent der Energieexperten/-innen die Verteilnetzanbieter an. 42 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Start-up-Unternehmen eine führende Rolle spielen werden; 34 Prozent denken, dass die klassischen Energieversorger den Markt für solche Dienstleistungen prägen werden. Auch Autoherstellern (24 Prozent), großen IT-Unternehmen (21 Prozent) und Stromhändlern (16 Prozent) werden Chancen auf diesem Markt eingeräumt.

Die recht breite Streuung der Antworten auf diese Frage ist damit zu begründen, dass Geschäftsmodelle für Energiemanagement nicht nur Know-how im klassischen Energiebereich, sondern auch im Bereich der IT erfordern, sowie stark von der Akzeptanz bei Verbrauchern/-innen abhängen. Den Antworten der Experten/-innen ist auch zu entnehmen, dass sich aufgrund der Überschneidung mehrerer Kompetenzbereiche viele Akteure ein Stück vom Kuchen erhoffen.

Energiepreise stagnieren kurzfristig

Das ZEW-Energiemarktbarometer erhebt regelmäßig Einschätzungen zur weiteren Entwicklung der Energiepreise. Innerhalb der kommenden sechs Monate bleiben nach Ansicht der Mehrheit der Energieexperten/-innen die Großhandelspreise für Energie weitgehend stabil. Insbesondere bei den Preisen für Erdgas (65 Prozent) und Kohle (73 Prozent) erwartet eine deutliche Mehrheit gleichbleibende Preise. Bei Rohöl und Strom sind dies noch 56 Prozent beziehungsweise 51 Prozent, allerdings stellt dies einen deutlichen Rückgang von je rund 20 Prozent verglichen mit der vorangegangenen Befragung dar.

Ein anderes Bild zeigt sich auf lange Sicht: In den nächsten fünf Jahren wird ein Preisanstieg bei fast allen Energiegütern er-

wartet. Knapp mehr als die Hälfte der Experten/-innen geht von steigenden Großhandelspreisen bei Rohöl und Erdgas aus, bei Strompreisen sind es sogar 72 Prozent. Allerdings fällt auf, dass ein deutlich geringerer Anteil der Experten/-innen von steigenden Preisen im Vergleich zur Erhebung im Mai 2017 ausgeht. Nur knapp 30 Prozent erwarten eine Stagnation bei den Rohöl- und Erdgaspreisen, bei Strompreisen sogar nur 13 Prozent.

Ein möglicher Grund für die Erwartung steigender Ölpreise ist das im November 2017 verlängerte Abkommen der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) über Förderkürzungen. Entgegen den Erwartungen hat es die OPEC geschafft, den Ölpreis erfolgreich zu steigern, auch weil Saudi-Arabien als Hauptexporteur



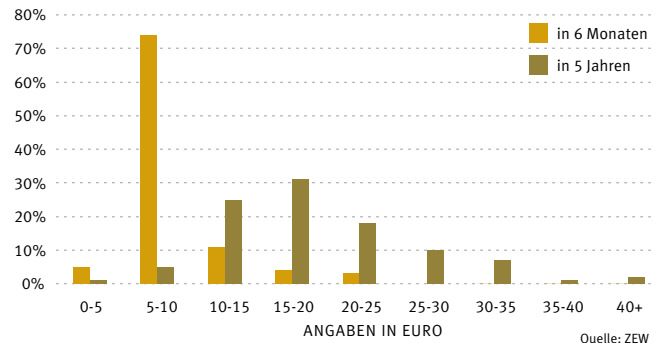
die Fördermenge stärker zurückgefahren hat, als vereinbart. Dazu kommen geopolitische Spannungen am Golf, die Unsicherheiten mit Blick auf künftige Fördermengen bewirken und den Preis in die Höhe treiben könnten.

Eine Ausnahme bilden die Großhandelspreise für Kohle. Hier sehen 44 Prozent der Experten/-innen keine Veränderung der Preise in den nächsten fünf Jahren. Auch die anderen beiden Lager halten sich grob die Waage: Einen Rückgang der Großhandelspreise für Kohle halten 32 Prozent der Befragten für möglich, einen Anstieg immerhin noch 24 Prozent.

CO2-Preiserwartungen kurzfristig unter zehn Euro

Mit Blick auf die europäischen CO2-Emissionsrechte erwarten 74 Prozent der Befragten einen Preis zwischen fünf und zehn Euro pro Tonne in den nächsten sechs Monaten, also kurzfristig stabile Preise. In den nächsten fünf Jahren sehen knapp ein

ERWARTETE PREISE FÜR CO2-EMISSIONSRECHTE



Drittel der Experten/-innen den Preis bei 15 bis 20 Euro pro Tonne, doch zeigen sich auch deutlich höhere und niedrigere Preiserwartungen unter den Befragten.

Versorgungssicherheit weitgehend stabil

Die Versorgungssicherheit ist neben der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit eines der drei zentralen Ziele der Energiepolitik. Sie wird oft in Gefahr gesehen, doch selten wirklich definiert. Denn wie stellt man vor dem Ausfall fest, ob die Versorgung überhaupt gefährdet ist? Weder statistische Ämter noch die Wissenschaft haben hierauf eine eindeutige Antwort.

Das ZEW-Energiemarktbarometer nähert sich diesem Thema und zeigt, wie Fachleute der Energieversorgung oder der Energiemärkte die Versorgungssicherheit einschätzen. Zentral ist hierbei die Frage: Hat sich die Versorgungssicherheit signifikant verbessert oder verschlechtert? Seit 2009 erhebt das ZEW-Energiemarktbarometer entsprechende Einschätzungen für verschiedene Energieträger und die Versorgungslage insgesamt. Im Zeitverlauf lassen sich deutlich die Auswirkungen einiger prägender Ereignisse auf den Energiemärkten nachzeichnen, so unter anderem das Atommoratorium von 2011, die Ukraine Krise oder die Inbetriebnahme der Nordstream-Pipeline.

Während der Rückblick auf das Jahr 2015 noch recht positiv ausfiel, zeigt sich seit 2016 in den Einschätzungen der Experten/-innen eher eine Stagnation. Zurückblickend auf das Jahr 2017 sind sich die Energieexperten/-innen einig, dass die Versorgungssicherheit insgesamt weitgehend gleich geblieben ist (84 Prozent). Ähnlich sieht es für die einzelnen Energieträger Rohöl (78 Prozent), Erdgas (71 Prozent), Kohle (84 Prozent) und Strom (67 Prozent) aus.

Gemischte Bilanz auf lange Sicht

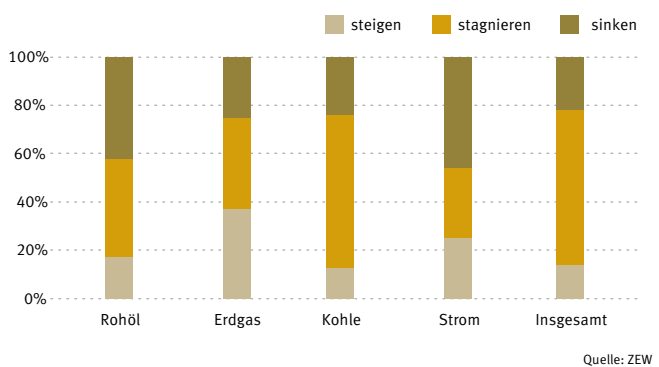
Ähnlich verhält es sich mit den Erwartungen für die Zukunft. In den kommenden zwölf Monaten wird in fast allen Bereichen eine Stagnation erwartet. Der Anteil der Befragten liegt fast immer über der Marke von 70 Prozent. Eine Ausnahme bildet nur

der Energieträger Strom. Hier erwarten 59 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen eine gleichbleibende Versorgungssicherheit, verglichen mit 65 Prozent im Vorjahr.

Ein gemischtes Bild ergibt sich bei der langfristigen Betrachtung: Für die kommenden zehn Jahre erwarten 64 Prozent der Befragten ein gleichbleibendes Sicherheitsniveau der Energieversorgung bei allen Energieträgern. Recht stabil sind auch die spezifischen Aussichten für Kohle: 63 Prozent erwarten eine gleichbleibende Versorgungssicherheit für diesen Energieträger. Für Strom und Rohöl erwarten hingegen 46 Prozent beziehungsweise 42 Prozent einen Rückgang. Unterschiedlich, aber im Mittel positiv, sind die Erwartungen bei Erdgas: Die Experten/-innen halten entweder ein steigendes Niveau (37 Prozent) oder ein stagnierendes Niveau (38 Prozent) für wahrscheinlich.

Dr. Nikolas Wölfing, nikolas.woelfing@zew.de
 Robert Germeshausen, robert.germeshausen@zew.de
 Dr. Wolfgang Habla, wolfgang.habla@zew.de
 Lea-Sophie Markert, lea.markert@zew.de

VERSORGUNGSSICHERHEIT IN DEN KOMMENDEN 10 JAHREN





Das Repräsentantenhaus und der Senat, die beiden Kammern des US-Parlaments, haben die umstrittene Steuerreform zur Senkung der Körperschaftsteuer im Dezember 2017 verabschiedet.

Foto: © iStockphoto/tupungato

Anti-Missbrauchs-Gesetzgebung kann realen Steuerwettbewerb befeuern

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben entschieden: Die Körperschaftsteuer – die Federal Tax Rate – sinkt von 35 Prozent auf 21 Prozent. Außerdem werden im Ausland erzielte Gewinne in den USA künftig freigestellt. Bislang fehlt es der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten an überzeugenden Konzepten, darauf zu reagieren.

Nie zuvor hat sich die EU in der Steuerpolitik so entschlossen gezeigt wie derzeit. Nach Vorlage des Aktionsplans für eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in Europa im Jahr 2015 wurde die Anti-Missbrauchsrichtlinie 2016 in einer Rekordzeit von sechs Monaten verabschiedet. Ebenfalls im Jahr 2016 wurde eine Richtlinie zur länderbezogenen Berichtspflicht – das sogenannte „Country-by-Country Reporting“ – verabschiedet; weitere Gesetzgebungsvorhaben sind auf dem Weg.

In immer kürzerer Frequenz produziert Brüssel unter dem Druck der öffentlichen Meinung Rechtsakte im Kampf gegen einen als ungerecht empfundenen Steuerwettbewerb. Das ist bemerkenswert, zumal die Steuergesetzgebung Einstimmigkeit erfordert. Die Wut über die Googles und Amazons der digitalen Ära ist offenbar so groß, dass sie jegliche Bedenken und Widerstände im Keim erstickt. Wut ist ein schlechter Ratgeber und ihr folgt nicht selten die Reue über eine Affekthandlung. Und auch in der aktuellen europäischen Steuerpolitik wächst das Risiko von Schnellschüssen mit gravierenden negativen Folgen.

Das Risiko der Doppelbesteuerung steigt

Das Nebeneinander von europäischen und nationalen Abwehrmaßnahmen erhöht zunehmend das Risiko der Doppelbesteuerung. Abzugsverbote für grenzüberschreitende Lizenzgebühren oder Finanzierungskosten mögen aggressive Steuervermeidung in der digitalen Wirtschaft eingrenzen; sie können aber ebenso Unternehmen der realen Wirtschaft treffen, bei denen grenzüberschreitende Zahlungen nur der Reflex der wirklichen internationalen Arbeitsteilung sind. Die Anti-Missbrauchsrichtlinie soll eine doppelte Nichtbesteuerung verhindern, sie bietet aber keinen Schutz vor Doppelbesteuerung, die aus national unkoordinierter Abwehrgesetzgebung erfolgt.

Auch übersieht die Politik, dass Strategien zur Gewinnverlagerung letztlich ein Ventil darstellen, das reale Wertschöpfung und Arbeitsplätze an einem Hochsteuerstandort schützt. Solange Unternehmen ihre Steuerlast durch internationale Steuerplanung am Hochsteuerstandort mindern können, werden steuerliche Erwägungen bei der Standortwahl eine eher geringe Relevanz haben. Es scheint paradox, aber die aktuelle nationale und europäische Gesetzgebung zur Eindämmung von Gewinnverlagerung dürfte den Steuerwettbewerb um reale Investitionen erst richtig anfachen. Wird nämlich das Ventil der Gewinnverlagerung durch Steuerplanung beseitigt, bleibt im Binnenmarkt nur eine Gewinnverlagerung durch Umzug der Produktion möglich.

Zudem wird die US-Steuerreform den innereuropäischen Steuerwettbewerb um reale Ansiedlungen weiter anheizen. Denn mit der Abkehr der USA von der Besteuerung des weltweiten Einkommens müssen US-Unternehmen ihre Gewinne in Europa nicht länger auf das bislang hohe US-Belastungsniveau nachversteuern. Damit werden aus der Perspektive der US-Multis die Steuerunterschiede in Europa bedeutsamer, weil die im Gastland gezahlten Steuern künftig die finale Steuerlast darstellen.

Deutschland droht den Steuerwettbewerb zu verlieren

Im europäischen Binnenmarkt werden als Folge die Hochsteuerstandorte an Attraktivität für Direktinvestitionen verlieren. Deutschland könnte damit als Hochsteuerstandort zum großen Verlierer des neuen Steuerwettbewerbs werden. Wenn Emmanuel Macron seine Ankündigung zur Steuersenkung wahr macht, dann rückt Deutschland auf Rang vier der EU-Staaten mit der höchsten Effektivsteuerbelastung vor. Einzig Malta, Spanien und Belgien besteuern ihre Unternehmen in der EU dann noch stärker. Es ist der nächsten Bundesregierung dringend zu raten, nicht länger nur über Soli und Umverteilung zu diskutieren, sondern sich endlich wieder Gedanken über die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Industriestandorts zu machen.

Dieser Beitrag ist in längerer Version zuerst am 20.12.2017 im Handelsblatt-Blog „Steuerboard“ erschienen.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de

Nachgefragt: Was verspricht der Markt für smarte Textilien?

„Die Textilindustrie gehört zur absoluten Spitzengruppe der innovativen Branchen“

Sogenannte smarte Textilien sind auf dem Vormarsch: Ihre Einsatzmöglichkeiten reichen von modischer Alltags- und Sportbekleidung bis hin zu speziellen Anwendungen beim Militär, in der Medizin und im Bausektor. Die Wachstumsprognosen für den Wirtschaftszweig sind optimistisch. Die ZEW-Wissenschaftler/innen Jörg Ohnemus und Fabienne Rasel haben im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eine Expertise für smarte oder intelligente Textilien in Deutschland erarbeitet. Im ZEWnews-Interview spricht Jörg Ohnemus über diesen Markt und seine Perspektiven sowie Innovationen in der Branche.

Was genau meint der Begriff smarte Textilien?

Smarte Textilien sind eine Untergruppe der sogenannten „wearable technology“, also der tragbaren Technologien. Bei smarten Textilien ist die Elektronik etwa ins Garn eingewebt. Ihre Fasern weisen neue mechanische Oberflächen-, Schutz- und „Intelligenz“-Eigenschaften auf, die vormals nicht textil waren. Sie erfassen beispielsweise Informationen und geben sie weiter, sie leuchten, heizen, heilen Wunden oder überwachen die Herz- und Atemfrequenz und die Temperatur. Es gibt Unternehmen oder Start-Ups, die bereits Produkte mit smarten Textilien entwickelt haben. Bekannte Beispiele sind der US-Textilhersteller Levi's, der zusammen mit Google eine Stadt-Radfahrjacke entwickelt hat oder der Sportartikelhersteller Nike mit seinen smarten Schuhen mit lernfähigen Schnürsenkeln. Allerdings kommen intelligente Textilien heute größtenteils in der Medizin und beim Militär zur Anwendung.

Welche besonderen Merkmale hat denn der Markt für intelligente Textilien?

Zunächst einmal sind im Markt für smarte Textilien Akteure ganz unterschiedlicher Branchen aktiv, beispielsweise der Textilindustrie, der Elektrotechnik oder der Informations- und Kommunikationsbranche. Unter dem Stichwort „FashionTech“ sind auch zahlreiche Modedesigner engagiert, da sich durch die neuen Werkstoffe und technischen Möglichkeiten zahlreiche Chancen im Design und in der Verwendung auch in Alltagskleidung ergeben.

Wie hat sich der Markt für intelligente Textilien bisher entwickelt und wie sind die Zukunftsaussichten?

Bislang sind Zahlen zur Entwicklung des noch jungen Markts rar, insbesondere in Deutschland. Nach ZEW-Berechnungen liegt das weltweite Marktvolumen für intelligente Textilien 2017 bei etwa 1,3 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2022 rechnen wir mit einem Marktvolumen von knapp 4,7 Milliarden Euro und bis zum Jahr 2030 mit einem weltweiten Marktvolumen von mehr als 41 Milliarden Euro. In Deutschland liegt das aktuelle Marktvolumen bei schätzungsweise 230 Millionen Euro. Wir erwarten hier einen Anstieg bis zum Jahr 2030 um knapp das Zwanzigfache.

Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Unternehmen weisen darauf hin, dass über die vergangenen 100 Jahre hinweg die Textilbranche in Deutschland immer weiter verschwunden sei. Nun hoffen sie, dass durch die Digitalisierung und die hervorragende Entwicklung bei smarten Textilien eine Trendwende einsetzen wird und Arbeitsplätze gesichert werden können. Denn der Bereich der intelligenten Textilien ist – wie die deutsche Wirtschaft insgesamt – exportstark und oftmals technologisch führend. Besonders im Zulieferbereich, zum Beispiel für leitfähige Garne oder Miniatursensoren, und in der Medizintechnik steht Deutschland mit an der Spitze.

Hauptwachstumstreiber kommen hauptsächlich aus den Bereichen Schutzkleidung für das Militär und medizinische Anwendungen, aber auch aus den Bereichen Sport und Fitness sowie Mode. Ein großes Marktpotenzial liegt auch in der Herstellung intelligenter Textilien, bei der oftmals Unternehmen verschiedener Branchen kooperieren. Wir rechnen damit, dass es bereits innerhalb der nächsten zwei Jahre einen großen Entwicklungsschub in den Produktionsmethoden geben wird.

Um diese smarten Textilien zu entwickeln, sind umfangreiche Innovationen notwendig. Wie ist denn der deutsche Markt darauf vorbereitet?

Die deutsche Textilwirtschaft gehört zur absoluten Spitzengruppe der innovativen Branchen, vergleichbar mit dem Maschinenbau: Der Anteil aller Unternehmen der Branche, die Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben, ist in den vergangenen Jahren gestiegen und lag 2015 bei 55 Prozent. Zwar lassen sich keine Aussagen zum Ausmaß der Innovationsaktivitäten auf dem Gebiet der intelligenten Textilien treffen, aber wir gehen davon aus, dass dieser Bereich gut für den nationalen und internationalen Wettbewerb aufgestellt ist.



Dr. Jörg Ohnemus

ist stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“. Im Mittelpunkt seiner Forschungsinteressen steht die Diffusion digitaler Technologien auf Branchen- und Unternehmensebene in Deutschland und weltweit. Er untersucht diese Anwendungen und Konzepte auf deren Innovations- und Produktivitätswirkungen. In einem weiteren Schwerpunkt befasst er sich intensiv mit der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland, unter anderem auch im Rahmen eines jährlichen Monitorings der Branche.

joerg.ohnemus@zew.de

Volksbank Weinheim Stiftung und ZEW verleihen Wissenschaftspreis zum fünften Mal

Die Volksbank Weinheim Stiftung und das ZEW haben gemeinsam zum fünften Mal den Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“ vergeben. Während des Neujahrsempfangs der Volksbank Weinheim wurden Dr. Katja Dlouhy von der Universität Mannheim sowie ZEW-Wissenschaftler Dr. André Nolte ausgezeichnet. Beide hatten im vergangenen Jahr ihre Promotion an der Universität Mannheim mit der Bestnote „summa cum laude“ abgeschlossen. „Beide Dissertationen zeichnen sich außerdem durch einen hohen Nutzwert, innovative Problemlösung und Originalität aus“, erklärt Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW und Mitglied der Jury zur Vergabe des Wissenschaftspreises. In ihrer Arbeit mit dem Titel „New Perspectives on Career Development and the Emergence of Career Patterns“ hat sich Dr. Katja Dlouhy mit der Vielfalt von Karrierewegen beschäftigt und dafür auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) neue empirische Methoden angewendet. Dr. André Nolte hat in seiner Dissertationsschrift „Empirical Essays on Labor Economics and Digitization“ die Auswirkungen der Digitalisierung auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aspekte in Deutschland sowie die politische und wirtschaftliche Transformation des DDR-Regimes untersucht. Unter



Bei der Preisverleihung (v.l.n.r.): Klaus Steckmann, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Preisträger Dr. André Nolte und Preisträgerin Dr. Katja Dlouhy, Gregor Gysi MdB, ZEW-Direktor Thomas Kohl und Carsten Müller.

anderem zeigt seine Arbeit, dass das Breitbandinternet das Suchverhalten von arbeitslosen Personen positiv beeinflusst und dahingehend die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzt.

Wissenschaftlerin des ZEW auf Professur an der Universität Gießen berufen



ZEW-Ökonomin Prof. Dr. Irene Bertschek und ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl (ganz rechts) bei der Übergabe der Ernennungsurkunde an der JLU Gießen.

Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“ am ZEW, ist zum 1. Dezember 2017 zur Professorin am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen ernannt worden. Durch die gemeinsame Berufung von Irene Bertschek wird die bereits seit langem gute Zusammenarbeit von Universität Gießen und ZEW weiter verstärkt. In ihren Forschungsarbeiten befasst sie sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Produktivität, das Innovationsverhalten und die Arbeitsorganisation in Unternehmen. Ihre Methodenkompetenz liegt in der angewandten Mikroökonomie und der Analyse von Unternehmensdaten.

ZEW zieht positive Bilanz nach ASSA-Jahrestagung 2018 in den USA

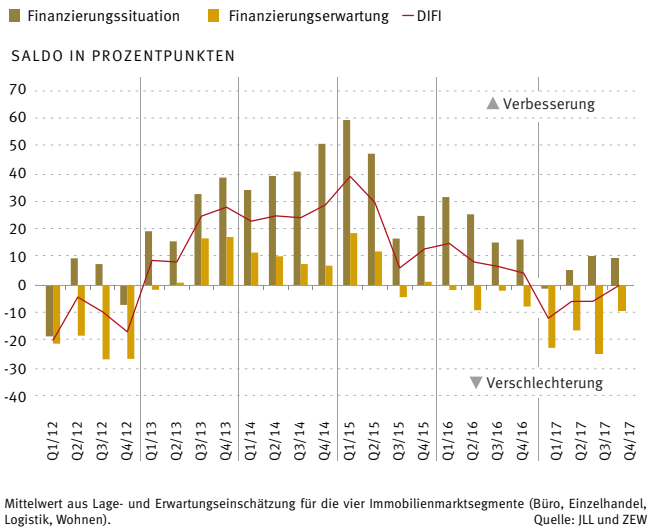
Wissenschaftlicher Austausch auf hohem Niveau, Präsentation der Forschung und wichtige Impulse für die eigene Arbeit: Das ZEW hat eine erfolgreiche Bilanz seiner Teilnahme an der Jahrestagung der Allied Social Science Associations (ASSA) gezogen, der weltweit wichtigsten Ökonomenkonferenz, in den USA. Großen Zuspruch fanden insbesondere die Vorträge von Dr. Oliver Lerbs, kommissarischer Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ sowie von Lea Steinrücke aus dem gleichen Forschungsbereich. Zudem informierten ZEW-Wissenschaftler/innen für die Dauer der dreitägigen Konferenz mit Postern über ihre neuesten Forschungsergebnisse und hatten Gelegenheit, darüber mit Fachkollegen/-innen zu diskutieren. Der Messestand des ZEW war auch in Philadelphia wieder eine gesuchte Anlaufstelle für Wissenschaftler/

innen, die sich über das Institut und seine Forschungsfelder sowie Kooperationsmöglichkeiten informieren wollten.



Dr. Daniela Heimberger (rechts) vom ZEW im Gespräch mit Professorin Kusum Mundra, PhD, von der Rutgers University am ZEW-Stand.

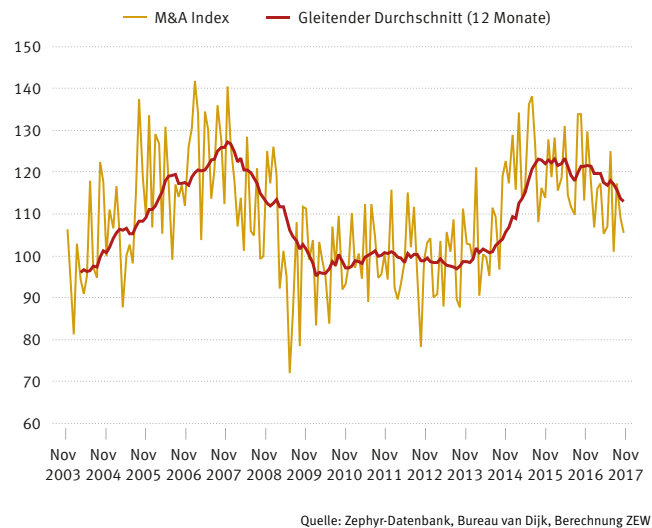
Immobilienfinanzierer zeigen sich zuversichtlich für das erste Halbjahr 2018



Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL steigt im vierten Quartal 2017 um 7,3 Punkte auf 0,1 Punkte und erreicht damit erstmals in 2017 einen positiven Wert. Die Einschätzung der Finanzierungssituation notiert mit 9,6 Punkten weiterhin nahezu auf dem Niveau des Vorquartals. Verbesserte Erwartungen an das Finanzierungsgeschäft im kommenden Halbjahr gehen einher mit der sehr positiven Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und entsprechenden Prognosekorrekturen verschiedener Forschungsinstitute. Die deutlichsten Zugewinne bei den Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate verzeichnen Logistik-, Wohn- und Bürofinanzierungen. Trotz dieser Zugewinne liegen die Salden aus optimistischen und pessimistischen Einschätzungen weiterhin unterhalb der Nulllinie, was auf verhaltene Erwartungen hindeutet. Bei Einzelhandelsfinanzierungen hingegen zeigten sich die Experten/-innen ähnlich vorsichtig wie im Vorquartal.

Dr. Oliver Lerbs, oliver.lerbs@zew.de

Weltweite Megadeals gehen nach zwei Rekordjahren deutlich zurück



Nach zwei Rekordjahren bei weltweiten Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) 2015 und 2016 war die Entwicklung Ende 2017 gegenläufig. Der gleitende Zwölf-Monatsdurchschnitt des ZEW-ZEPHYR M&A-Volumen-pro-Deal-Indexes lag im November 2017 bei 113 Punkten, dem geringsten Wert seit April 2015. Zu diesem Ergebnis kommen Untersuchungen des ZEW auf Basis der Zephyr-Datenbank von Bureau van Dijk. Während die Anzahl an Deals im Jahr 2017 nahezu konstant blieb, verringerte sich das durchschnittliche Volumen pro Deal signifikant. So gab es im Jahr 2017 244 Transaktionen mit einem Volumen von jeweils mehr als einer Milliarde Euro und 18 Deals mit einem Transaktionsvolumen von mehr als zehn Milliarden Euro. 2016 waren es noch 315 Transaktionen und 350 Transaktionen im Jahr 2015 mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro sowie 34 Deals (2016) beziehungsweise 37 Deals (2015) mit einem Volumen von mehr als zehn Milliarden Euro.

Niklas Dürr, niklas.duerr@zew.de

ZEWNEWS



Liebe Leserinnen und Leser der ZEWnews,

ab sofort können Sie aktuelle Informationen zu Forschungsergebnissen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen des ZEW auch in den „ZEWnews Digital“ abrufen. Die digitale Ausgabe unseres Printmagazins beinhaltet sämtliche Beiträge der gedruckten Version, ist mit Produktionschluss unmittelbar verfügbar und kann überall und jederzeit auf dem Smartphone, Tablet oder PC gelesen werden.

Die ZEWnews Digital ist optimal für die Nutzung in responsivem Design aufbereitet und enthält einige Extras, wie die Volltext-Suchfunktion über einzelne/mehrere Ausgaben, eine komfortable Lesemodus-Darstellung aller Artikel für mobile Endgeräte, Inhaltsverzeichnis mit Direktverlinkung zu den Artikeln, oder auch die Einbindung in Social-Media-Kanäle – abrufbar unter <http://zewnews.zew.de>

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre ZEWnews Redaktion



Foto: ZEW

Ein Haushalt für Europas Mehrwert

Neben den Verhandlungen zum Brexit wird dieses Thema die Gemüter in Brüssel und in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in diesem Jahr besonders bewegen: Bis Ende Mai will EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger einen Vorschlag für den zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorlegen. Der MFR wird Volumen und Ausgabeschwerpunkte des EU-Haushalts für sieben Jahre fixieren. Möglichst noch vor der Europawahl 2019 soll der MFR verabschiedet werden. Im MFR wird sich zeigen, wo die EU ihre Schwerpunkte in den Jahren nach 2020 legen will.

Sind Budgetverhandlungen grundsätzlich herausfordernd, um die verschiedenen Interessen und Wünsche bei knappen Finanzmitteln in Einklang zu bringen, finden die aktuellen Budgetverhandlungen unter erschwerten Bedingungen statt. Die Lücke, die der Ausstieg von Großbritannien hinterlässt – immerhin der viergrößte Beitragszahler in den EU-Haushalt nach Deutschland, Frankreich und Italien – beträgt etwa 13 Milliarden Euro pro Jahr. Bei einem EU-Haushalt von zirka 135 Milliarden Euro im Jahr 2017 sind das immerhin rund zehn Prozent. Natürlich fallen nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU auch die Zahlungen an das Vereinigte Königreich, in Höhe von etwa sieben Milliarden Euro, weg. Aber Ideen und Wünsche für neue Ausgabenposten gibt es zu genüge: mehr Geld für Verteidigung, Grenzschutz oder Investitionen.

Mit seiner Forderung, dass jeder künftige Ausgabenposten einen „europäischen Mehrwert“ liefern muss, hat Haushaltskommissar Günther Oettinger einen wichtigen Impuls für die Verhandlungen gegeben, der bei richtiger Umsetzung einen Kompass für die anstehenden Entscheidungen liefern kann. Denn der Begriff lenkt den Fokus auf echte Gemeinschaftsaufgaben. Am ZEW haben wir uns in einer Studie in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung daran gemacht, diesen europäischen Mehrwert zu definieren. Ein Grund dafür, Aufgaben von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern, ist demnach das Vorliegen von Skalenerträgen, wie es etwa bei Rüstungsaufträgen denkbar wäre.

Die Neuentwicklung eines Militärhubschraubers lohnt sich eher, wenn die Entwicklungskosten in Europa nur einmal anfallen, als wenn jedes Land einen eigenen Hubschrauber entwickelt. Ein zweiter wichtiger Grund sind grenzübergreifende öffentliche Güter, wie sie etwa bei der gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen vorliegen. Hier kommt der Vorteil allen Ländern zugute, während der Aufwand zunächst nur bei den Ländern mit EU-Außengrenze anfällt. Aufgaben, die nicht diesen Kriterien genügen, sollten, wie es der Grundsatz der Subsidiarität in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union darlegt, in nationaler Hoheit bleiben.

Eine konsequente Ausrichtung der Ausgabenposten nach dem Kriterium des europäischen Mehrwerts würde dazu beitragen, die Legitimität der EU zu stärken. Wenn mit diesem Konzept allerdings ernst gemacht wird, wird es schwer werden zu begründen, warum so viele Mittel – knapp 40 Prozent des Haushalts – immer noch in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) fließen. Skalenerträge oder ein grenzübergreifender Öffentlicher-Gut-Charakter sind mit Blick auf die GAP nicht in Sicht.

Der Haushaltskommissar hat vorgeschlagen, den Beitrag der Länder, der derzeit bei rund einem Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts liegt, um zehn bis 20 Prozent zu erhöhen. Ziel ist mindestens 16 Milliarden mehr pro Jahr zur Verfügung zu haben. In den Sondierungsverhandlungen zur Großen Koalition haben sich die Unionsparteien und die SPD prinzipiell darauf verständigt, den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt zu erhöhen. Eine Steigerung des Beitrags mag unvermeidbar sein, diese rasche Einwilligung vermindert aber die Anreize, fragwürdige Positionen im Haushalt zurück zu drängen. Und ohne einen Einstieg in ein Auslaufen der EU-Agrarförderung wird es schwer werden, einen Haushalt vorzulegen, der einen klaren Fokus auf einen „europäischen Mehrwert“ aufweist.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail gunter.grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail felix.kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail sabine.elbert@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2018 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft